

# Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft

Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost

*Festgabe für Volkmar Köhler zum 65. Geburtstag*

Herausgeber:

*Prof. Dr. Udo Steinbach*  
Deutsches Orient-Institut, Hamburg

*Prof. Dr. Volker Nienhaus*  
Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der  
Ruhr-Universität Bochum

Leske + Budrich, Opladen 1995

**ISBN: 3-8100-1494-X**

© 1995 by Leske +Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: Druck Partner Rübemann, Hemsbach

Printed in Germany

**Klaus Frhr. von der Ropp**

## **Die Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika (SADC) – Utopie oder künftige Realität?**

### **I. Die Berliner Konferenz von EU und SADC**

Anfang September 1994 trafen sich in Berlin als Gäste des Vorsitzenden des Ministerrates der *Europäischen Union* (EU), Bundesaußenminister Klaus Kinkel, die Außenminister der zwölf EU-Staaten, der vier damaligen EU-Beitrittskandidaten Finnland, Österreich, Schweden und Norwegen sowie jene der Staaten der *Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika* (Southern African Development Community, SADC). Zur seit Anfang der achtziger Jahre bestehenden SADC – mit den Mitgliedern Sambia, Simbabwe, Malawi, Angola, Mosambik, Botsuana, Lesotho, Swasiland, Tansania und Namibia – war Ende August 1994 mit dem Post-Apartheid-Südafrika das wirtschaftlich mit Abstand höchstentwickelte Land des Subkontinents gestoßen. Gegenstand der Beratungen war das Bemühen der Konferenzteilnehmer, ihre wirtschaftliche und sonstige Zusammenarbeit so zu gestalten, daß sie SADC bestmöglich stärken würde.

Mit der Einberufung der Konferenz folgte Bundesaußenminister Klaus Kinkel auch dem von dessen Fraktion gestützten Drängen des Bundestagsabgeordneten Volkmar Köhler, des afrikapolitischen Sprechers von CDU und CSU. Der liberale Unionspolitiker Köhler verfolgt hier seit Jahren zwei Ziele: Zum einen geht es ihm darum, in einer Zeit zunehmender Abwendung der Industriestaaten von den unlösbar erscheinenden Problemen des subsaharischen Afrika die EU zu veranlassen, das Potential Südafrikas zum Wiederaufbau der Kap-Republik selbst wie auch ihrer Anrainer zu nutzen. Zum anderen ist Köhler klar, daß alle Parteien der alten Bundesrepublik über 20 Jahre lang die Probleme der von weißen Minderheiten regierten Staaten des südlichen Afrika für ihre eigenen innen-, sprich wahlpolitischen Zwecke mißbraucht und daher trotz nicht ungünstiger Voraussetzungen nichts zu deren Lösung beigetragen hatten. Ihm folgend forderte – dies nicht zuletzt dank der Unterstützung seines sozialdemokratischen Mitstreiters Hans Günther Toetemeyer – der Deutsche Bundestag Anfang 1992 und Ende 1993 die Bonner Regierung auf, ihre nationale Politik wie auch die im EU-Rahmen im

südlichen Afrika in den Dienst der dortigen regionalen Kooperation zu stellen.

Mit der erstmaligen Abhaltung allgemeiner und freier Wahlen in Südafrika Ende April 1994 ergab sich die historische Chance, über eine Neuordnung des Verhältnisses der EU zum südlichen Afrika und darüber hinaus der Staaten des Subkontinents untereinander zu entscheiden. Sie wurde in Berlin genutzt, als EU und SADC – auf Einzelheiten wird weiter unten einzugehen sein – eine enge Zusammenarbeit vereinbarten, die vor allem auf die Bewahrung und Stärkung der im Süden Afrikas sich entwickelnden demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen sowie die Fortentwicklung der Kooperation der SADC-Staaten untereinander ausgerichtet sein wird.

## **II. Zur Geschichte der Bemühungen um regionale Zusammenarbeit im Süden Afrikas**

Die Erkenntnis der eigenen wirtschaftlichen und politischen Schwäche wie auch die Erfolge der in den späten fünfziger Jahren gegründeten *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* ließ die Verantwortlichen der unabhängigen gewordenen afrikanischen Staaten – in der Regel allerdings vergeblich – über Möglichkeiten der Kooperation und Integration nachdenken.

Außer im englischsprachigen Ostafrika schienen bereits in den sechziger Jahren die Chancen der Integration im Süden Afrikas günstig zu sein. Weiße Südafrikaner unterbreiteten Vorschläge für eine *Wirtschaftsgemeinschaft Südliches Afrika*. Namibia war faktisch eine fünfte Provinz Südafrikas. Botsuana, Swasiland und Lesotho bildeten gemeinsam mit der Republik Südafrika eine Zollunion; auch in diesen Ländern war der südafrikanische Rand das gesetzliche Zahlungsmittel. Zwischen Südafrika einerseits, Mosambik, Simbabwe und Sambia andererseits gab es – sie verfügten damals fast alle über konvertible Währungen – vielfältige Wirtschaftsbeziehungen. Dies auch dank der Existenz eines hochentwickelten und funktionierenden zwischenstaatlichen Verkehrsnetzes. Dessen Kern bilden bis auf den heutigen Tag die südafrikanischen See- und Flughäfen sowie das südafrikanische Straßen-, Eisenbahn und Elektrizitätsnetz. Daß es dennoch nie zur Gründung einer Gemeinschaft im südlichen Afrika kam, hatte im wesentlichen zwei Gründe: Die Wirtschaftskraft Südafrikas, des einzigen Industriestaates in Afrika südlich der Sahara, überstieg selbst die aller seiner Anrainer zusammengenommen bei weitem. Zum anderen waren die in den sechziger Jahren unabhängig gewordenen schwarzafrikanischen Staaten Sambia, Lesotho, Swasiland und Botsuana und selbst die von portugiesisch- bzw. englischstämmigen weißen Minderheiten gestellten Regime in Angola, Mosambik und Simbabwe nicht bereit, enger als unbedingt nötig mit dem Rassistenregime in Pretoria/Kapstadt zusammenzuarbeiten.

Dennoch gab es selbst nach der Mitte der siebziger Jahre immer stärker gewordenen politischen Isolierung Südafrikas eine Fülle von Handels- und sonstigen Wirtschaftskontakten. Seit der Abkehr der Kap-Republik von der Apartheid Anfang der neunziger Jahre ist dieses Beziehungsgeflecht noch dichter geworden. Die Partner Pretorias – sie gehören zu den großen Verlierern des Endes des Kalten Krieges – suchen in den Beziehungen mit der Kap-Republik Abhilfe für ihre oft unlösbar erscheinenden sozio-ökonomischen Probleme. Als wäre Südafrika mit seinen unvorstellbar großen Problemen allein im Ausbildungs- und Gesundheitswesen wie auch im Wohnungsbau, bei der Reintegration der millionenstarken „verlorenen“ Generation und bei der Überwindung der (häufig strukturellen) Arbeitslosigkeit, die landesweit – bei „Spitzenwerten“ von über 70 % – die 50 %-Marke überschritten hat, in der Lage, den Anrainerstaaten entscheidend beim Wiederaufbau zu helfen! Dennoch ist diese Hoffnung in Mosambik, Sambia, Malawi, Angola, Simbabwe und anderen Staaten verbreitet. Nach den ersten freien Wahlen in der 350(!)jährigen Geschichte Südafrikas steht einer immer enger werdenden regionalen Zusammenarbeit politisch nichts mehr im Wege. Wirtschaftliche Gesichtspunkte führen dagegen zu einem sehr anderen Ergebnis.

Wäre ein Bündnis Südafrikas mit seinen Anrainern schon Anfang der sechziger Jahre eine Allianz unter Ungleichen gewesen, so gilt das trotz der angesprochenen und für den Außenstehenden oft kaum vorstellbaren Mißstände innerhalb Südafrikas heute erst recht. Denn außer Botsuana, Malawi, Lesotho, Swasiland und dem erst Anfang 1990 unabhängig gewordenen Namibia büßen 1995 alle Anrainer für die durch „wissenschaftlichen“ oder afrikanischen Sozialismus, durch wirtschaftlichen Dilettantismus oder schlichte Mißwirtschaft ausgelöste weitgehende Zerstörung der modernen Sektoren ihrer Volkswirtschaften und selbst der auf Subsistenzniveau betriebenen traditionellen Landwirtschaften. Angola und Mosambik waren darüber hinaus von 1975 bis Mitte der neunziger Jahre Opfer von Bürgerkriegen, die Südafrika im Fall Mosambiks auslöste und im Fall Angolas verschärfte, um die Regierungen in Maputo und Luanda daran zu hindern, die Befreiungskriege in Südafrika und Namibia zu unterstützen. Über dreißig Jahre Krieg, zunächst gegen die portugiesische Kolonialmacht und dann gegen von Pretoria unterstützte inländische Gegner haben Angola und Mosambik häufig auf Steinzeitniveau zurückfallen lassen. So bezeichnete die Weltbank Mosambik kürzlich als das ärmste Land der Welt.

### **III. SADC und COMESA – Konkurrierende Integrationsansätze und ihr Stellenwert für das neue Südafrika**

#### **1. SADC – Ein Erbe des Kalten Krieges**

Die SADC ging im August 1992 aus der *Southern African Development Co-ordination Conference* (SADCC) hervor. Die letztere war 1980 auf Initiative des in Brüssel für die Zusammenarbeit mit dem schwarzen Afrika sowie Staaten der Karibik und des Pazifik (AKP-Gruppe) zuständigen EG-Kommissars Claude Cheysson gegründet worden. Gründungsmitglieder waren Angola, Mosambik, Botsuana, Lesotho, Swasiland, Sambia, Simbabwe, Malawi und Tansania; Namibia ist SADCC nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im März 1990 beigetreten. Vorrangiges Ziel der Zusammenarbeit war damals, die infrastrukturelle Abhängigkeit der SADCC-Mitglieder von der Kap-Republik, dem „power house“ des Subkontinents, zu verringern. In der Zeit der im Süden Afrikas vehementen Ost-West-Konfrontation erfreute sich SADCC der finanziellen Förderung gerade der NATO-Staaten, die ein Vordringen der Sowjets, Kubas und der DDR in an strategischen Rohstoffen reichen Süden Afrikas verhindern wollten. In realistischer Einschätzung des Machbaren beschränkten sich die SADCC-Mitglieder auf eine rein funktionelle Zusammenarbeit. Jedes Mitgliedsland übernahm die Zuständigkeit für einen Aufgabenbereich (Verkehrswege, Ernährungssicherung, Bekämpfung von Viehseuchen etc.). Es gelang ihnen dann auch, die Luftverkehrs- und sonstigen Kommunikationsverbindungen untereinander deutlich zu verbessern. Das mag auch ein Grund dafür gewesen sein, daß die SADCC-Staaten im August 1992 in Windhoek eine weitergehende Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen (einschließlich einer Handelsliberalisierung) vereinbarten und ihre Organisation in *Southern African Development Community* (SADC) umbenannten.

#### **2. Hat PTA/COMESA eine Chance des Erfolgs?**

Damit kann die Zielsetzung dieses Bündnisses mit jener der 1983 gegründeten *Preferential Trade Area for Eastern and Southern Africa* (PTA) kollidieren. Dies um so mehr, als sich die PTA im November 1993 zur *Community for Eastern and Southern Africa* (COMESA) fortentwickelte. PTA bzw. jetzt COMESA gehören – mit Ausnahme Botsuanas – alle SADC-Staaten und neun Länder des östlichen Afrika an; auch Madagaskar und die Seychellen könnten ihr beitreten. Beide Organisationen haben heute mehr oder weniger identische Ziele. So droht Duplizierung! Abzuwarten bleibt, ob sie Wege finden, sinnvoll zu koexistieren. Das wird nur dann der Fall sein, wenn sich

SADC – ähnlich der Achse Deutschland/Frankreich in der *Europäischen Union* – als Kern von COMESA verstehen wird. Selbst wenn das gelingt, so bleibt zu berücksichtigen, daß, vergleichbar ähnlichen, fast immer erfolglosen Integrations- und Kooperationsansätzen in West-, Äquatorial- und Zentralafrika, es sich auch bei SADC und COMESA nur um politische, nicht aber auch ökonomische Bündnisse handelt. Mangels konvertibler Währungen, vor allem im Osten COMESAs mangels ausreichender zwischenstaatlicher Verkehrswege und mangels handelbarer Güter – der innergemeinschaftliche Handelsverkehr macht im Schnitt gut 5 % des Außenhandels und damit weniger als ein Sechstel dessen der EWG-Gründerstaaten in den späten fünfziger Jahren aus – konnte sich PTA/COMESA in den gut zehn Jahren seit ihrer Gründung kaum fortentwickeln.

Die Zusammenarbeit innerhalb COMESAs könnte dadurch gefestigt werden, daß ihre Mitgliedsstaaten einen Teil ihrer Souveränität auf das COMESA-Generalsekretariat in Lusaka/Sambia übertragen. Schließlich beruht der Erfolg der EU nicht zuletzt darauf, daß ihre sechs damaligen Mitglieder schon bei Gründung der EWG deren Kommission die Zuständigkeit für Fragen des Außenhandels, der Landwirtschaft und der Verkehrspolitik übertragen; seither sind eine ganze Reihe weiterer „gemeinsamer Politiken“ hinzugekommen. Angesichts der notorischen Unfähigkeit aller erst vor wenigen Jahren unabhängig gewordener Staaten zum auch nur partiellen Souveränitätsverzicht zu Gunsten überstaatlicher Organisationen ist mit einer solchen Entwicklung nicht zu rechnen. Weniger für COMESA – darin sind zu viele Staaten zusammengefaßt, die im Grunde kaum etwas verbindet – als für SADC mag aber der Weg gangbar sein, den die Mitgliedsstaaten der 1977 aufgelösten (und Ende 1993 übrigens neu gegründeten) *Ostafrikanischen Gemeinschaft* (OAG) gegangen sind: Sie verfügten über eine gemeinsame Eisenbahn, eine gemeinsame Luftlinie, eine gemeinsame Hafenverwaltung, eine gemeinsame Universität, deren Fakultäten auf die drei Hauptstädte Dar-es-Salaam, Kampala und Nairobi verteilt waren, ein gemeinsames Fiskalsystem, eine gemeinsame Währung und die anderen von der britischen Kolonialverwaltung 1917-27 geschaffenen und von den OAG-Mitgliedern bis Mitte der siebziger Jahre bewahrten sog. East African Common Services Organisations. Dennoch scheiterte die OAG vor allem an den ideologischen Streitigkeiten zwischen Tansania und Kenia. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der jetzt vorhandenen Bereitschaft aller SADC-Staaten (einschließlich Südafrikas), sich in ihrer Wirtschaftspolitik mit *Weltbank* und *Internationalem Währungsfonds* abzustimmen, werden die in den siebziger und achtziger Jahren ausgeprägten ideologischen Differenzen die Zusammenarbeit der SADC-Mitglieder (wie übrigens auch der COMESA-Gruppe) nicht mehr behindern. Vielleicht hat SADC so eine Zukunft. Mitentscheidend wird sein, ob es ihnen gelingt, ihre Beziehungen zu dem wirtschaftlich ungleich

stärkeren, aber von internen Problemen voll in Anspruch genommenen und kaum stabilen Post-Apartheid-Südafrika zum allseitigen Nutzen zu gestalten.

### 3. „Lomé“ als Alternative für Südafrika?

Das neue Südafrika benötigt die Staaten der EU dringlich als Handelspartner wie auch als Partner beim Wiederaufbau. Ideal wäre für Pretoria die Aufnahme der Kap-Republik in den Kreis der AKP-Staaten, dem sämtliche SADC/COMESA-Länder angehören, gewesen. Aufgrund der Konvention von Lomé (IV) haben die AKP-Staaten für ihre Bergbau- und Industrieprodukte, ihre tropischen und, dies aber in engen Grenzen, ihre nicht-tropischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse freien Zugang zu den EU-Märkten. Außerdem stellt die EU als solche ihren Lomé-Partnern derzeit pro Jahr 2,4 Milliarden ECU für entwicklungspolitische Vorhaben zur Verfügung. Mit seinen bedeutenden Exporten hat Südafrika jedoch keine Chance, in den Kreis der AKP-Länder aufgenommen zu werden. Auch werden die AKP-Länder trotz der Zollbefreiung es nicht hinnehmen, daß ihre wegen geringer Leistungskraft schwache Position auf den EU-Märkten durch leistungsfähige südafrikanische Anbieter weiter geschwächt wird. Ferner ist Südafrika nicht nur als Exporteur zu stark, sondern auch als Partner in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu bedürftig, als daß es in den Kreis der durch Lomé Begünstigten aufgenommen werden könnte. Daß Südafrika hier chancenlos ist, dürfte die Regierung von Staatspräsident Nelson Mandela spätestens dann begriffen haben, als sie im Herbst 1994 mit der EU nur ein inhaltsarmes Kooperationsabkommen unterzeichnen konnte. Denn es geht auf die handelspolitischen Interessen Südafrikas nicht ein und beschränkt sich auf die vertragliche Festschreibung der seit Mitte der achtziger Jahre an den *African National Congress* (ANC) geleisteten „positiven Maßnahmen“ der EU zu Gunsten des Post-Apartheid-Südafrika.

Um so wichtiger sind für Pretoria die – wenn auch in der Regel nur mäßig aufnahmefähigen – Märkte in den Anrainern und weiteren afrikanischen Ländern. Denn nur hier hat Südafrika Absatzchancen für auch solche Produkte, die zu teuer sind und auch von der Qualität her auf den Weltmärkten nicht wettbewerbsfähig sind. Einem Beitritt zu COMESA werden sich aber vor allem jene Staaten widersetzen, die selbst ein gewisses Maß an Industrialisierung erreicht haben; dies sind Simbabwe, Mauritius und Kenia. Auch die anderen Mitglieder COMESAs werden zögern, Südafrika aufzunehmen. Denn wie sollen sie eigene Industrien gründen, wenn ihre Märkte zugleich von der – im regionalen Kontext – hoch überlegenen Wirtschaft Südafrikas bedient werden? Vor diesem Hintergrund ist erstaunlich, daß SADC – und dies durchaus nach Zuspruch durch die EU – Südafrika Ende August 1994 in Gaborone/Botsuana aufnahm. Denn seit der Umwandlung von SADCC in

SADC gehört, wie erwähnt, die Liberalisierung des innergemeinschaftlichen Handels zu den in Protokollen bereits abgesprochenen Zielen des Bündnisses. SADC wird also die Mitgliedschaft Südafrikas nur verkräften, wenn es gerade hier mit größter Behutsamkeit vorgeht. Hier beratend zur Seite zu stehen, wird eine wichtige Aufgabe der EU sein, vielleicht sogar die wichtigste, die sie mit Abschluß des Berliner Vertrages von Anfang September 1994 übernommen hat.

#### **4. Ein neuer Impuls für SADC?**

Abzuwarten bleibt, ob sich die im August 1994 in Gaborone erstmals diskutierte Idee, SADC sicherheitspolitische Aufgaben zu übertragen und hier Südafrika – etwa bei der Bereitstellung von Eingreiftruppen für Maßnahmen der Friedensschaffung und Friedenserhaltung – die führende Aufgabe zuzuweisen, realisieren läßt. Das gesamte Afrika ist reich an grandiosen Plänen, die jedoch in der Regel wenig durchdacht und daher totgeboren waren. Ferner ist bislang noch nicht klar, ob es gelingen wird, die bisherigen Streitkräfte (*South African Defence Forces* [SADF]), die Guerillaarmeen *Umkhonto we Sizwe* (MK) des ANC und *Azamian People's Liberation Army* (APLA) des *Pan Africanist Congress* (PAC) sowie die Streitkräfte der früheren Bantustans zu den *South African National Defence Forces* (SANDF) zusammenzufassen. Ein erster, im Januar 1994 unternommener Versuch, Angehörige aller dieser Armeen zu einer *National Peace Keeping Force* (NPKF) genannten Gendarmerie zusammenzufassen, mißlang auf der ganzen Linie und endete schon vier Monate später mit der Auflösung von NPKF. Im Herbst 1994 zeigten sich auch beim Aufbau der SANDF große Probleme, als sich Tausende von MK/APLA-Angehörigen dagegen wehrten, daß nach den Plänen ihrer Regierung die Guerillaarmeen in die Streitkräfte des ancien régime – und nicht etwa umgekehrt! – integriert werden sollten. Die Folge waren Meutereien, Desertionen und ein weiteres Anwachsen des ohnehin sehr großen kriminellen Gewaltpotentials. Nur wenn die SANDF die Professionalität der SADF des alten Regimes haben wird, kann Südafrika die hier interessierende ordnungspolitische Aufgabe im SADC-Rahmen übernehmen.

#### **IV. Die Stabilisierung des Post-Apartheid-Südafrika als Voraussetzung für den Erfolg von SADC wie auch der Zusammenarbeit EU/SADC**

Von großer Bedeutung ist, ob es gelingt, die Bürgerkriege in Angola und Mosambik beizulegen. Für Angola kam Hoffnung auf, als es dem UN-Vermittler Alioune Beye und amerikanischen, portugiesischen sowie russischen

Unterhändlern im Herbst 1994 in Lusaka gelang, die Bürgerkriegsparteien zum Abschluß eines Friedensvertrages zu veranlassen. Kurz zuvor ließen die Wahlen in Mosambik (Oktober 1994) erkennen, daß alle Beteiligten aus dem Scheitern des zwei Jahre zuvor in Angola unternommenen Demokratisierungsprozesses gelernt hatten und so Mosambik erstmals eine Chance zum Frieden bekam.

Ungleich wichtiger als die Befriedung der Randstaaten Angola und Mosambik ist, ob es gelingt, das Post-Apartheid-Südafrika zu stabilisieren.

## 1. Hat Südafrika eine Chance zur Stabilität?

Kaum ein Beobachter der Geschehnisse in Südafrika dürfte vor den ersten freien und allgemeinen Wahlen in der Geschichte der Kap-Republik an deren Erfolg und an den des demokratischen, nicht-rassistischen Post-Apartheid-Südafrika geglaubt haben. Was sprach im einzelnen gegen das Gelingen des historischen Umbruchs? Was hat statt zu Instabilität und Chaos zumindest fürs erste zum „Ausbruch von Frieden“ (Ropp, 1994, S. 383) geführt?

Es wird häufig übersehen, daß die entscheidenden Impulse zum Bruch mit der in 350 Jahren in Südafrika gewachsenen und in den letzten vierzig Jahren sogar in Gesetze gegossenen Apartheid *nicht* von der Regierung des bis April 1994 amtierenden Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk ausgingen. Viel wichtiger als der im Grunde konservative, auf Verhandlungen mit der Allianz von ANC und der *South African Communist Party* (SACP) nicht vorbereitete de Klerk war Sir Robin Renwick, der von 1987 bis 1991 in Südafrika eher herrschende als amtierende britische Botschafter. Er war eine „Excellent Excellency“, ein „interventionist ambassador“ (Robertson 1991, S. 5; Ropp 1993, S. 389). Seine von dem amerikanischen Unterhändler Chester A. Crocker und dessen Nachfolger Hank Cohen mitgestaltete und von den Sowjets gestützte – sie störten die Politik Londons und Washingtons nicht länger – Diplomatie der Vermittlung ließ de Klerk keine andere Wahl als Apartheid über Bord zu werfen, ANC, SACP und PAC zu entbannen, ihre langjährig inhaftierten Führer freizulassen und mit ihnen Verhandlungen über die politische und wirtschaftliche Ordnung des Post-Apartheid-Südafrika aufzunehmen.

Ein Versagen der anglo-amerikanischen Südafrikapolitik lag dann aber darin begründet, daß sie 1991-93 die Verhandlungskunst de Klerks und seiner *Nationalen Partei* (NP) überschätzte und daher nicht länger von interventionistischer Natur war. Nicht anders als Michail Gorbatschow vermochte auch de Klerk ein Unrechtsregime, hier Kommunismus, da Apartheid, zu überwinden, ohne jedoch seinem Land neue Stabilität zu geben. Dabei konnte de Klerk dank der britisch-amerikanisch-sowjetischen Diplomatie zunächst aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. So war sein Bemü-

hen, „Herrschaftsmacht gegen die Gewährung der machtpolitischen Absicherung des Existenzrechts der weißen Afrikaner im neuen Südafrika aufzugeben“ (Ropp 1992, S. 53). Das sollte durch ein verfassungsrechtlich abgesichertes, auf Jahrzehnte angelegtes System großer Koalitionen der (schwarzen) Mehrheitspartei, in der Praxis der ANC/SACP-Allianz, und der zwei stärksten Parteien der ethnischen Minderheiten, in der Praxis NP und *Inkatha Freedom Party* (IFP), erreicht werden. Sehr führende Mitglieder des de Klerkschen Kabinetts, der hochbegabte frühere Präsidentenberater Pieter de Lange, und führende Persönlichkeiten der Sicherheitskräfte, darunter Niel Barnard, spielten darüber hinaus mit dem Gedanken eines „Afrikaner-Israel“ oder Volksstaates, in den sich im übrigen Südafrika nicht länger geduldete weiße Afrikaner als eine Art Fluchtburg würden zurückziehen können. Fatal war, daß de Klerk und die anderen NP-(wie auch IFP-)Unterhändler im Welthandelszentrum/Kempton Park, dem Ort der Verhandlungen, ihren Gegenspielern von ANC und SACP nie gewachsen waren! Gedrängt von ausländischen Regierungen – darunter waren jedoch nicht London, Washington und Moskau –, den sich ständig verschlechternden Wirtschaftsdaten und „progressiven Elementen“ in den eigenen Reihen (u.a. Arbeitsminister Leon Wessels) kapitulierte de Klerk Mitte November 1993 und akzeptierte für Südafrika, ein Land mit horrender Arbeitslosigkeit, jedoch ohne demokratische und rechtsstaatliche Traditionen, eine *Interimsverfassung*, die in vielem dem Grundgesetz des wiedervereinigten Deutschland ähnlich ist. Wichtiger noch als die schwächere Ausprägung des bundesstaatlichen Staatsaufbaus ist, daß die südafrikanische Übergangsverfassung noch nicht einmal den Minderheitenschutz aufweist, den das deutsche Verfassungsrecht zu Gunsten der sorbischen und dänischen Minderheiten enthält. Es sollte für sich selbst sprechen, daß Joe Slovo, der Vorsitzende der SACP und große Strategie in Kempton Park, nach Abschluß der Verhandlungen über die Übergangsverfassung mit Fug und Recht feststellte: „Wenn ich das Resultat insgesamt betrachte, so kann ich, ohne zu zögern, feststellen, daß wir mehr oder weniger das bekommen haben, was wir anstrebten“ (1993, S. 12).

## 2. Das Versagen westdeutscher Südafrikapolitik

Es gehört zur Tragik des politischen Wirkens von Volkmar Köhler, vieles schon früh gesehen zu haben, ohne sich jedoch zunächst als Oppositions- und nach dem 1. Oktober 1982 als Regierungspolitiker bei der Formulierung der westdeutschen Südafrikapolitik in Bonn durchzusetzen. Anders als den weit aus meisten anderen Unionspolitikern war Köhler letztlich klar, daß auf der Seite der Befreiungsbewegungen der ANC und nicht die IFP des Mangosuthu Buthelezi der entscheidende Akteur war. Und anders als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wußte Köhler, daß angesichts der extremen kulturellen Zerrissenheit der südafrikanischen Gesellschaft – Apartheid reichte

bis in die Klöster – die bloße Herrschaftsumkehr von der weißen Minderheit auf die schwarze Mehrheit nicht die adäquate Antwort auf die südafrikanische Herausforderung sein würde. Köhler war bereit, auf das in der Bundesrepublik Deutschland von einer Handvoll Wissenschaftler erarbeitete Sachwissen zurückzugreifen. Ihm war in seiner Offenheit stets klar, daß „die westdeutsche Debatte über die politische Zukunft der Republik im Ganzen gesehen zu kenntnisreich, ernsthaft und breit angelegt ist, als daß sie ... ignoriert werden könnte“ (Geldenuys 1987, S. 388).

Bis zu dem Staatsstreich portugiesischer Offiziere im April 1974 und dem dadurch ausgelösten fluchtartigen Aufbruch der Portugiesen aus Mosambik und Angola (1975) hatte Bonn den Problemen des südlichen Afrika nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst mit dem Tag, da in Maputo und Luanda marxistische Regime das Sagen übernahmen, entstand für die Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Westen Handlungsbedarf. Denn jetzt war die Sorge verbreitet, die DDR, Kuba und die UdSSR würden auch in Windhoek, Harare und Pretoria/Kapstadt ihnen genehme Regime an die Macht bringen und so im rohstoffreichen Süden Afrikas eine östliche Einflußzone begründen.

Folgenreich war, daß in jener Zeit (1974-78) Bundeskanzler Helmut Schmidt die Außen- und Sicherheitspolitik seiner Regierung selbst gestaltete. So blieb für Genscher, dessen ganzes Interesse schon damals der Fortentwicklung der Bonner Entspannungspolitik galt, nur die westdeutsche Dritte-Welt-Politik und hier vor allem die Neuformulierung der Bonner Südafrika- und Namibia-Politik. Wichtigster Berater Genschers war Günter Verheugen, für den 1974 im Auswärtigen Amt eigens der „Arbeitsstab Informationen und Analysen“ eingerichtet wurde. Beiden fehlte damals jede Erfahrung vor Ort. Vielleicht wäre sonst ihre Afrika-Politik, die in vielem der kritiklosen Übernahme der Positionen der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO (Namibia) gleichkam, weniger populistisch ausgefallen. Genscher, dem seit 1978 mächtigsten und unstrittig erfolgreichsten Außenminister, den das geteilte Deutschland je hatte, blieben die Probleme der Länder im Süden Afrikas immer fremd. Bezeichnend ist, daß er in seiner achtzehnjährigen Amtszeit nur zweimal für wenige Tage nach Namibia (Oktober 1978 und März 1990) und nur ein einziges Mal nach Südafrika (Oktober 1978) reiste.

Allen Widerständen zum Trotz bestand Genscher darauf, daß die Probleme des Vielvölkerstaates Südafrika – so wie die der Siedlerkolonien Angola, Mosambik, Simbabwe und Namibia – ohne einen verfassungsrechtlich zu verankernden, sehr qualifizierten Minderheitenschutz durch bloße Umkehr der Herrschaft zu Gunsten der übergroßen schwarzen Mehrheit zu lösen seien. Diese Politik war um so fragwürdiger, als die westdeutsche Regierung auch in jener Zeit bemüht war, die oft sehr schwierige Lage der volksdeutschen Gruppen in den Staaten östlich der deutsch-polnischen Grenze – und

hier insbesondere die der auf das Riesenreich verstreuten und daher von Identitätsverlust bedrohten sowjetdeutschen Minderheit – zu verbessern. Schon damals wäre – hätte sich eine solche Chance nicht erst Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre, und auch dann nur für kurze Zeit, ergeben – Bonn bereit gewesen, die Wiedergründung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen von 1924-41 zu unterstützen. Es war Genscher, der einer solchen Politik das Wort redete, „nicht damit alle dorthin ziehen, sondern damit sie einen Ort der Identifikation haben“ (nach Gennrich 1991, S. 1). Und anders als diese Minderheit hatte und hat die der weißen Afrikaner Chaosmacht. Genau das hatte Köhler im Sinn, als er Wochen vor dem Regierungswechsel in Bonn im September 1982 in Johannesburg ausführte: „Wer immer bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung den Selbstbehauptungswillen des Afrikanertums außer acht läßt, der bewirkt wenig mehr, als Südafrika in einen Abgrund von Gewalt zu führen“ (1982, S. 45). Ausdrücklich sei hier jedoch darauf hingewiesen, daß die weitaus meisten anderen westlichen Regierungen – dies auch angesichts der Renitenz der in Pretoria herrschenden Faschisten – die Sicht Genschers teilten und seine Politik guthiesen. Sie alle vermochten nie nachzuvollziehen, was kein Geringerer als Egon Bahr für das neue Südafrika forderte, „ein unbekanntes Modell des gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten“ (1977, S. 8). Sehr ähnlich argumentierten die letztlich selbst in der Amtszeit von Präsident Jimmy Carter von den USA gestützten Briten. Großbritannien hat im südlichen Afrika nicht nur große Wirtschaftsinteressen, sondern mußte damit rechnen, daß im Fall eines Scheiterns westlicher Diplomatie bis zu 1 Million britischstämmiger Siedler möglicherweise fluchtartig zurückkehren würden. So war es nur eine Frage der Zeit, bis London und Washington die Bonner Regierung wie auch die der übrigen EG- und NATO-Staaten aus ihren diplomatischen Bemühungen ausschalten würden. Das bahnte sich bereits im Oktober 1978 mit dem Scheitern der von Genscher nach Pretoria einberufenen Namibia-Konferenz an und vollendete sich Anfang 1981 mit dem Regierungswechsel in Washington. Renwick, damals Gesandter in der britischen Botschaft in Washington, und der seinerzeit im diplomatischen Geschäft noch unerfahrene Chester A. Crocker gingen endgültig ihre eigenen Wege. Mit Patti Waldmeir wußten sie nur zu gut, daß „democratic niceties will have to wait upon the overwhelming need to restore stability“ (1993, S. 3).

### **3. Stabilität durch Nachverhandlungen?**

Bis Mai 1996 muß das Kapstädter Parlament, das hier als Verfassungsgebende Versammlung fungiert, die Verhandlungen über die endgültige Verfassung abschließen. Im Vordergrund wird dabei das Bemühen stehen, jene politischen Kräfte, die die Interimsverfassung von November 1993 zurückwiesen

und nur dank des Einwirkens einer „höheren Macht“ (Waldmeir 1994, S. 3) dazu gebracht werden konnten, dennoch an den Wahlen von April 1994 teilzunehmen, auf Dauer in die neue Ordnung einzubinden.

Die geringere Gefahr ging von Buthelezis IFP aus. Wenige Wochen vor den Wahlen redete allerdings der damals eng mit Buthelezi zusammenarbeitende Zulu-König Goodwill Zwelithini einer Sezession KwaZulu/Natals das Wort. Es war nur dem Umstand, daß in KwaZulu/Natal ein Notstandsregime verhängt wurde, zu danken, daß es auch in dieser Provinz nicht zum Bürgerkrieg kam. Sehr wichtig war jedoch auch, daß das IFP-Wahlergebnis – und das vielleicht schon vor der Wahl – mit Hilfe jener höheren Macht landesweit auf knapp über 10 % und für die Provinz KwaZulu/Natal auf knapp über 50 % „ausgehandelt“ wurde. Angesichts der offenbar nachlassenden Bedeutung der IFP wird es hier wohl genügen, den Legislativ- und Exekutivorganen der Provinz KwaZulu/Natal begrenzte weitere Befugnisse zu übertragen.

Ungleich schwieriger wird sein, den Widerstand der heute in der (konservativen) *Vryheids Front* (VF) des charismatischen Generals Constand Viljoen bzw. in der (reaktionären) *Konservativen Partei* (KP) Ferdinand Hartzenbergs organisierten weißen Afrikanern zu überwinden. Bis wenige Tage vor den April-Wahlen war die Gefahr groß, daß „diese Boten der Apokalypse“ (Sass 1994, S. 37) Südafrika in einen verheerenden Bürgerkrieg stürzen würden; vor allem im westlichen Transvaal kam es Anfang 1994 unter den weißen Afrikanern zu einer regelrechten Mobilmachung. Die Stärke von VF und KP – mögen hinter ihnen auch nur etwa 60 % der weißen Afrikaner, dies sind knapp zwei Millionen Menschen, stehen – rührt von den beruflichen Stellungen ihrer Anhänger her. Vor allem Viljoen genießt unter den aktiven Berufssoldaten und -polizisten und noch mehr unter den Angehörigen der Reservistenverbände (Commandos, Citizen Force und Polizeireserve) höchste Autorität. Auch unter den bis auf den heutigen Tag mächtigen afrikaanssprachigen Angehörigen der Bürokratie, unter den Mitarbeitern der Energieversorgung, unter Farmern und Bergleuten – die letzteren haben ein Berufsleben lang mit Explosivstoffen gearbeitet – sind VF und KP sehr stark vertreten. Ihre Schwäche ist u.a., daß sie zwar alle auf südafrikanischem Boden für sich einen „Volksstaat“ fordern, sie jedoch in der Frage zerstritten sind, wo in Südafrika er gelegen sein soll, welches seine Grenzen und seine ethnische Zusammensetzung und welches sein staats- oder völkerrechtlicher Status sein wird.

Die NP und die ANC/SACP-Allianz mußten, um das Lager von VF und KP zu schwächen, einen Keil zwischen beide treiben. Das gelang, als VF und ANC/SACP dank der Vermittlung der liberalen Dissidenten Jürgen Kögl, Abraham Viljoen und Van Zyl Slabbert im August 1993 Verhandlungen über einen Volksstaat aufnahmen. Die KP war bis zum souveränen Wahlsieg von ANC/SACP immer noch der Meinung, den Volksstaat nach eigenem Gut-

dünken und einseitig ausrufen zu können. Davor warnte bei seinem Südafrika-Besuch Anfang 1994 Chas Freeman, der US-amerikanische Assistant Secretary of Defence for Regional Security und in den achtziger Jahren der für das südliche Afrika zuständige Vertreter Crocker. Er machte deutlich, daß die USA einen solchen Schritt keineswegs hinnehmen würden. Ferner stellte er klar, daß, sollte es in Südafrika zu einem Bürgerkrieg kommen, es doch auf keinen Fall eine bewaffnete UN-Intervention geben würde. Nun verstärkten, gestützt von der britisch orientierten Geschäftswelt, London und Washington ihre Bemühungen, die VF – die KP war damals noch nicht ansprechbar und boykottierte Wochen später auch die Wahlen – definitiv in den Transformationsprozeß einzubinden. Federführend war jetzt der aus der Ukraine stammende und daher mit Minderheitenproblemen eng vertraute US-amerikanische Botschafter Princeton Nathan Lyman. Er übernahm eine Aufgabe, die außer ihm nur Renwick hätte meistern können.

Wichtig war hier, daß sich Constand Viljoen als ein in seinen Forderungen außerordentlich gemäßigter Mann erwies. Mit sehr ähnlichen Formulierungen wie in Deutschland der Bundesvorsitzende der FDP, Otto Graf Lambsdorff (1987, S. 376-378; 1989, S. 23 und 1993, S. 3-5) vertrat er die These, die machtpolitische Absicherung des Existenzrechts der Afrikaner sei der Schlüssel zur Befreiung des schwarzen Südafrika. Ein erster Erfolg zeigte sich im Februar 1994. Damals wurde in die Übergangsverfassung das „Prinzip“ aufgenommen, wonach die Verfassungsgebende Versammlung über die Schaffung eines Volksstaates verhandeln dürfe. Zur Klärung von Einzelheiten wurde die Einsetzung eines „Volksstaatsrates“ als Verfassungsorgan beschlossen. Tage vor der Wahl und konfrontiert mit der Drohung, einen Bürgerkrieg auszulösen, gelang es Lyman, de Klerk und die widerspenstige Fraktion im ANC, die sich – wie schon im Dezember 1993 – zunächst weigerten, weitergehende Absprachen mit der VF zu treffen, von der Gefährlichkeit ihres Tuns zu überzeugen. Daraufhin unterzeichneten ANC, VF und NP am 23. April 1994 am Sitz des Staatspräsidenten in Pretoria und in Gegenwart des sehr stark gewordenen US-Botschafters und von EU-Wahlbeobachtern den das „Prinzip“ präzisierenden „Accord on Afrikaner Self-Determination between the Vryheids Front, the African National Congress and the South African Government/National Party“. In der Folgezeit unterstützten die in Südafrika tätigen Botschaften der skandinavischen Staaten, der Niederlande, Belgiens und der Schweiz – nicht jedoch Deutschlands – diesen Ansatz der Suche nach Frieden.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Manuskripts (November 1994) stellen sich der VF und dem seit Mitte 1994 tagenden, von ihr dominierten Volksstaatsrates vor allem zwei Aufgaben: die Erarbeitung eines realistischen Konzepts für einen Volksstaat sowie eine Einflußnahme auf die KP dahingehend, daß sie sich die VF-Vorstellungen zu eigen macht. Gelingt ihm beides, so hat Constand Viljoen die Chance, sich mit dem ANC über die Schaffung

des Volksstaates zu einigen. Denn jedermann weiß, daß die Alternative „The last Boer War“ ist (Chandler, 1994, S. 13).

Gibt es mithin durchaus eine Chance, die politischen Rahmenbedingungen im Sinn von Stabilität zu gestalten, so ist doch nicht ersichtlich, wie die durch 350 Jahre Apartheid ausgelöste sozio-ökonomische Katastrophe einer Mehrheit der gut 30 Millionen schwarzer Südafrikaner behoben werden soll. Hier fehlt der Raum, auch nur marginal auf die Herausforderungen einzugehen, mit denen sich die Regierung Mandelas konfrontiert sieht. In einer Zeit weiter zunehmender Bedeutungslosigkeit und Marginalisierung des gesamten subsaharischen Afrika in der Weltpolitik ist es nicht einfach, Hoffnung zu hegen. Und dennoch muß die von ANC und SACP dominierte neue Regierung schon in den kommenden zwölf Monaten mit einer merklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen aufwarten können. Während die NP – auch in wirtschaftlichen Fragen vertritt sie heute das Gegenteil dessen, wofür sie zuvor 40 Jahre lang gestritten hat – einer neo-liberalen Wirtschaftspolitik das Wort redet, hat die ANC/SACP-Allianz sich nach langen, für die Ideologen in den eigenen Reihen schmerzlichen Debatten mit ihrem „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm“ (RDP) für eine Konzeption entschieden, die jetzt eindeutig als marktwirtschaftlich zu interpretieren ist. In dieser Richtung liegen auch die Personalentscheidungen Mandelas bei der Bildung seiner Regierung: Finanzminister ist der Banker Chris Liebenberg; sein Stellvertreter ist allerdings der aus dem *Congress of South African Trade Unions* (Cosatu) hervorgegangene Kommunist Alec Erwin. Chris Stals, der Gouverneur der Zentralbank, wurde in seinem Amt bestätigt. Mit der Durchsetzung des RDP wurde Jay Naidoo, der starke frühere Cosatu-Generalsekretär beauftragt. Insgesamt ist festzustellen, daß die Regierung Mandela wie in den anderen Politikbereichen so auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein zuvor von niemandem für möglich gehaltenes Maximum an Rücksichtnahme auf die Ängste der weißen Afrikaner und die Interessen der „höheren Macht“ genommen hat. Die Frage ist allerdings, wie lange die über Jahrhunderte kraß Benachteiligten eine solche Politik tolerieren werden. Natürlich belastet sie das Investitionsklima, das ohnehin darunter leidet, daß „South Africa's labor force is costly, unskilled, and militant“ (Keller, 1994, S. 1).

Mit einiger Wahrscheinlichkeit werden die Millionen ungelernter Arbeitskräfte und Arbeitsloser, an deren desolater Situation der Machtwechsel von April/Mai 1994 kaum etwas geändert hat, aufbegehren. Dann wird abermals Anarchie und Chaos drohen. Spätestens dann wird die Stunde der gemäßigten Volksstaater schlagen. Denn Pretoria wird dann mit einem Notstandsregime herrschen müssen. Dazu braucht es die absolute Loyalität der Sicherheitskräfte und der Bürokratie, in denen, wie bereits erwähnt, VF-Angehörige sehr viele Schlüssel- und weitere wichtige Positionen innehaben. Analoges gilt – und das ist die vielleicht noch stärkere Waffe der VF – für die Produk-

tion von Nahrungsmitteln (Mais) für die oft hungernde schwarze Bevölkerung. Mit anderen Worten, Loyalität auch in kritischen Situationen nur versus Konzessionierung eines Volksstaates!

## **V. Das Abkommen von Berlin und die Bedeutung SADC's für die Partner Pretorias**

Südafrika hat mithin trotz extrem ungünstiger Voraussetzungen die Chance neuer Stabilität. Dennoch kann SADC scheitern. Das wird der Fall sein, wenn die Partner Pretorias aus der Mitgliedschaft Südafrikas in SADC keine konkreten Vorteile ziehen, vielleicht sogar durch die ökonomische Dominanz der Kap-Republik in ihrer eigenen Entwicklung behindert werden. In diesem Zusammenhang erstaunt, daß kaum jemals die Frage nach den konkreten Vorteilen der zehn anderen SADC-Staaten gestellt wird. Sicher werden südafrikanische Farmer und Angehörige anderer Berufsgruppen in Sambia, Tansania, Mosambik usw. marode Farmen, Touristikanlagen etc., hier und da auch industrielle Unternehmen aufkaufen oder pachten und wiederaufbauen. Auch werden südafrikanische Banken und Versicherungsunternehmen über die Grenzen der Kap-Republik hinaus Aktivitäten entfalten. Allerdings kann dies alles unabhängig davon erfolgen, ob Südafrika nun Mitglied in SADC ist oder nicht.

Dennoch wird die Mitgliedschaft Südafrikas für die anderen SADC-Staaten von großem, vor allem entwicklungspolitischen Interesse sein. Dies jedoch nur im Zusammenhang mit dem von Volkmar Köhler initiierten und jetzt in Berlin unterzeichneten Abkommen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dann auch mit der Überwindung der Apartheid laufen – mit Ausnahme Südafrikas – alle Staaten des südlichen Afrika Gefahr, infolge „der radikal veränderten weltpolitischen Konstellation ... ihre Stellung als privilegierte Partner Westeuropas“ zu Gunsten der Staaten des östlichen Mittel- und Osteuropa zu verlieren (Ropp 1992a, S. 403). SADC war eben ein Ergebnis des Kalten Krieges im südlichen Afrika.

Dagegen ist Südafrika wegen seines hohen Entwicklungsstandes für fast alle EU-Staaten ein wichtiger Partner im Wirtschaftlichen. So bewahrte die Hereinnahme der Kap-Republik in das SADC-Bündnis dessen bisherige Mitglieder vor Marginalisierung. Auch wenn im September 1994 in Berlin noch keine finanziellen Zusagen gemacht wurden, so war doch von Anfang an klar, daß die jetzt vertraglich vereinbarte, SADC stützende Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Kommunikation, Energie, Erziehung und Ausbildung, Gesundheit, Landwirtschaft u.a. nur zustandekommen kann, wenn die EU über die Lomé-IV-Fonds hinaus weitere Mittel zur Verfügung stellt. Der gleichfalls vertraglich abgesprochene politische EU/SADC-Dialog, dies insbesondere im Hinblick auf die Forderung von Frieden und langfristi-

ger Stabilität im Süden Afrikas, sowie jener im Bereich „regionale Integration“ – hier verfügt die EU dank ihrer eigenen 35jährigen Geschichte über einzigartige Erfahrungen – werden zum Zusammenwachsen der so ungleichen SADC-Partner erheblich beitragen. Wichtig wird schließlich sein, daß alle Staaten des südlichen Afrika entsprechend dem in Berlin unterzeichneten Abkommen tatsächlich anerkennen, daß private Investitionen aus dem In- und Ausland wie auch die sonstige Privatwirtschaft bei der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auch ihrer Region eine Schlüsselrolle spielen. So mag denn in Berlin zumindest der südliche Subkontinent Afrikas allen Unkenrufen zum Trotz eine Chance wirklicher Entwicklung bekommen haben.

## Literatur

- Bahr, Egon (1977): Ohne Verhandlungslösung ist die Gefahr des dritten Weltkrieges ständig gegenwärtig, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (Hamburg) vom 10.7., S. 8.
- Chandler, Norman (1994): The Last Boer War, in: Weekend Star (Johannesburg) vom 22./23.10., S. 13.
- Geldenhuis, Deon (1987): Die Zukunft Südafrikas aus deutscher Sicht, in: Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus (Hrsg.), Bd. 2. München, S. 371-393.
- Gennrich, Claus (1991): Jelzin kommt im November nach Bonn: ... Die deutsche Minderheit, in: FAZ vom 11.9., S. 1.
- Keller, Bill (1994): In Mandela's South Africa, Foreign Investors Are Few, in: New York Times vom 3.8., S. 1.
- Köhler, Volkmar (1982): Europe's Role in Africa: A German View, in: International Affairs Bulletin (Johannesburg), 6. Jg., S. 35-45.
- Lambsdorff, Otto Graf (1987): Teilung Südafrikas als Ausweg, in: Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Frische Luft für Bonn: Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat. Stuttgart, S. 376-378.
- Lambsdorff, Otto Graf (1989): White Safety Is the Route to New Deal for Blacks, in: Sunday Times (Johannesburg) vom 24.9., S. 23.
- Lambsdorff, Otto Graf (1993): Auf dem Weg zu einem Post-Apartheid-Südafrika: Ansichten eines ausländischen Liberalen, in: RSA 2000/Weg in die Zukunft (Bonn), Nr. 5 und 6, S. 3-4 bzw. 5.
- Robertson, Mike (1991): Sir Robin – His Excellent Excellency, in: Sunday Times (Johannesburg) vom 21.4., S. 5.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1992): Codesa – Triumph und Ende des südafrikanischen Liberalismus?, in: liberal (Bonn), 34. Jg., S. 47-54.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1992a): Euro-afrikanische Kooperation nach dem Kalten Krieg, in: Außenpolitik (Hamburg), 43. Jg., S. 402-410.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1993): Perspektiven der unvollendeten Revolution in Südafrika, in: Albrecht Zunker (Hrsg.): Weltordnung oder Chaos? Baden-Baden, S. 388-402.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1994): Südafrika im Zeichen des „Ausbruchs von Frieden“?, in: Außenpolitik (Hamburg), 45. Jg., S. 383-391.
- Sass, Bill (1994): The Might of the Right: Four Horsemen of the Apocalypse, in: African Defence Review (Halfway House), Nr. 16, S. 37-41.
- Slovo, Joe (1993): The Negotiations Victory, in: The African Communist (Johannesburg), Nr. 4, S. 6-13.

Waldmeir, Patti (1993): A Long and Winding Road, in: Financial Times (London) vom 10.9., S. 3.

Waldmeir, Patti (1994): Spirit of Reconciliation Sweeps Aside Letter of Vote: The Election Was Deeply Flawed, But Nearly Everyone Likes the Outcome, in: Financial Times (London) vom 7./8.5., S. 3.